



Das humanitäre Leid für die Menschen in Gaza gross ist. Das ist unbestritten. Unbestritten ist auch, dass die Hamas einen beispiellosen Propagandakrieg der Bilder führt, während die rechts-nationalistische Regierung Israels nur sporadisch dagegen hält.

Eine am 12. August 2025 veröffentlichte [Analyse der IDF](#) und eine ergänzende Untersuchung des israelischen Verteidigungsministeriums kommen zu Schluss: «Es gibt keine Anzeichen für eine flächendeckende Hungersnot oder weit verbreitete Mangelernährung in Gaza.» Die IDF spricht von verdoppelten Zahlen, verschwiegenen Daten und einer gezielten Hunger-Kampagne seitens der Hamas. Während zwischen Kriegsbeginn und Juni 2025 insgesamt 66 Todesfälle durch Unterernährung gemeldet wurden, sprang die Zahl im Juli plötzlich auf über 133 – exakt in einer Phase sensibler Verhandlungen. Auffällig: Keine Namenslisten mehr, obwohl diese zuvor regelmässig veröffentlicht wurden. Die wenigen namentlich bekannten Fälle betrafen überwiegend Menschen mit schweren Vorerkrankungen, die teils vor Kriegsbeginn sogar in israelischen Krankenhäusern behandelt worden waren. Die Analyse basierte auf medizinischen Unterlagen, Bildmaterial und Geheimdienstinformationen.

Bereits im Juni konnte die IDF belegen, dass 15 bis 25 Prozent der internationalen Hilfsgüter von Hamas abgefangen werden – durch Plünderung, Umleitung oder Verkauf auf dem Schwarzmarkt. Diese Einnahmen fliessen direkt in Waffenbeschaffung und den Ausbau des Tunnelsystems.

Kein historisch vergleichbarer Fall

Laut eines Artikels der [Washington Post](#) lieferte Israel am Dienstag 1'829'520 Mahlzeiten an notleidende Bewohner in Gaza. Das reiche, um fast die gesamte Bevölkerung Gazas zu ernähren. Israel tue etwas, was noch kein Land jemals getan hat oder wozu es jemals aufgefordert wurde: Es ernähre die Bevölkerung der Angreifer, die es attackiert haben – und das während der Krieg noch andauere, schreibt Autor Marc A. Thiessen und verweist auf John Spencer, Vorsitzender für Stadtkriegs-Studien am Modern War Institute der Militäarakademie West Point, der sagt: «Es gibt keinen historischen Präzedenzfall, in dem ein Militär die gegnerische Bevölkerung während eines laufenden Krieges in diesem Umfang direkt versorgt, wie Israel es in Gaza tut». Die USA etwa haben Deutschland und Japan während des Zweiten Weltkriegs nicht ernährt; sie zwangen deren Armeen zur Kapitulation – und versorgten ihre Bevölkerungen erst danach.



Nach eigenen Angaben liefert Israel grosse Mengen humanitärer Güter nach Gaza: Seit dem 21. Mai 2024 531'160 Tonnen – darunter 380'550 Tonnen Lebensmittel, 33.900 Tonnen Trinkwasser, 23'110 Tonnen Medikamente und 59'600 Tonnen Unterkünfte und Hilfsmaterialien. Koordiniert wird dies unter anderem mit der Gaza Humanitarian Foundation (GHF), die nach israelischer Darstellung den Hamas-Zugriff auf Hilfsgüter unterbindet. Die IDF sichert die Transportwege, errichtet Infrastruktur und überwacht jede Lieferung – bis hin zur Kalorienzahl pro Lastwagen.

Laut der [Times of Israel](#), signalisierten US-Regierungsvertreter inzwischen Unterstützung für die GHF, nachdem ursprünglich ein neues US-Hilfsmodell geplant war. Die US-Unterstützung gilt in Jerusalem als Erfolg, da sie Israels Modell einer kontrollierten, Hamas-freien Verteilung legitimiert.

Internationale Kritik

Trotz der Anstrengungen Israels das Leid in Gaza zu lindern, wächst der Druck auf die rechts-nationalistische Regierung in Jerusalem – auch aus der Schweiz. Am Dienstagabend veröffentlichte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ein [Statement](#), das über 20 Aussenminister unterzeichneten – darunter Ignazio Cassis.

In der Erklärung heisst es, der Hunger in Gaza müsse gestoppt werden, humanitäre Hilfe dürfe niemals politisiert werden, und tödliche Gewalt an Lebensmittelausgabestellen sei inakzeptabel. Hintergrund sind neue israelische Registrierungsauflagen für NGOs, die laut EDA wichtige Akteure aus den besetzten Gebieten vertreiben könnten. Die Schweiz lehnt eine Anerkennung Palästinas indes weiterhin ab. Cassis hatte schon 2024 im Nationalrat betont: «Es ist der falsche Zeitpunkt für eine Anerkennung Palästinas.»